

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/247

Bonn, den 27. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Der Legendenkanzler -----	47

Erhard und die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Raketenforschung

2 - 3	Mit guten Wünschen nicht mehr gedient (IE und Schluss) -----	67
-------	---	----

Die Sorgen der Gemeinden

Eine kritische Analyse von Klaus Rusticus

3	Deutsche Wirklichkeit -----	24
	Mord an der Mauer	

4 - 5	STOCKHOLMS-TIDNINGEN -----	66
	Eine große Zeitung stirbt...	

6	Die Bundesrepublik Deutschland aus Schweizer Sicht -----	46
---	---	----

Von Pierre Simonitsch, Genf

+ + +

Der Legendenkanzler

Erhard und die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Raketenforschung

G.M. - Trotz allem, was man sagt - Bundeskanzler Erhard ist doch mit einem Erfolg von seinem Amerikabesuch zurückgekehrt. Es ist zwar nicht sein Erfolg, aber immerhin ein Erfolg. Wissenschaft und Industrie der Bundesrepublik werden sich demnächst an den amerikanischen Raketenforschungen beteiligen. Wie das geschehen wird, weiß man zwar noch nicht genau, aber eine entsprechende Zusage hat der Herr Bundeskanzler jedenfalls erhalten. Ein Grund mehr, am Tegernsee der wohlverdienten Ruhe zu pflegen; - In vieler deutschen Zeitungen wurde ob dieses Erfolges das Lob des Herrn Bundeskanzlers gesungen; mit der ihm angebotenen Bescheidenheit hat er es auch quittiert.

Nur nach und nach erfährt man jetzt aber, daß es gar nicht der allseits verehrte Bundeskanzler war, der die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raketenforschung "nach Hause" brachte, sondern Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zur Gedächtnisstütze sei an folgendes erinnert: Als Brandt im April 1965 in Washington und kurz darauf im Raketenzentrum Kap Kennedy war, wurden dort an Rande der offiziellen Gespräche mit Johnson, Rusk und McNamara eine Reihe von Überlegungen darüber angestellt, wie man es vermeiden könne, daß die deutsche Wissenschaft, Technik und Industrie hoffnungslos ins Hintertreffen gegenüber anderen Nationen auf den Gebieten der Forschung gerate. Das Resultat dieser Überlegungen war der Vorschlag Brandts, die Bundesrepublik an der Entwicklung der amerikanischen Raketenforschung zu beteiligen. Sein Argument: Wenn das nicht möglich ist, dann wird in etwa fünf bis zehn Jahren die deutsche Industrie und vor allem die Zulieferungsindustrie (Treibstoffe, Metalle, Optik, Elektronentechnik und Kunststoffe) zu einem "Entwicklungsgebiet" erklärt werden müssen.

Willy Brandt hat dann etwas später - während des Wahlkampfes - in unzähligen Reden dargestellt, wie er sich die Verwirklichung seiner Gedanken vorstelle. So erklärte er u.a., es sollte nicht der Ehrgeiz der Bundesrepublik sein, Atomraketen zu besitzen, sondern mitzuwirken an der gigantischen Arbeit auf dem Gebiet der Raketenentwicklung zu friedlichen Zwecken. Man müsse wissen - so sagte Brandt -, daß in den USA heute schon in der Zubringerindustrie für das Satellitenprogramm der USA mehr Menschen beschäftigt seien als in der gesamten amerikanischen Automobilindustrie.

Was Erhard als "persönlichen Erfolg" aus den USA mitbrachte, ist also schon lange Zeit vor seinem Besuch in Washington vorgeschlagen und zu sehr konkreten Anregungen verdichtet worden.

Wir erinnern nicht daran, weil wir dem Bundeskanzler wegen dessen Unbekümmertheit gram sind, sondern weil wir meinen, daß man auch bei uns endlich damit aufhören sollte, Legenden mit Zeitgeschichte zu verwechseln. Von der Legende, daß Erhard ein großer Wirtschaftspolitiker ist, haben wir genug. Es fehlte gerade noch, daß er sich nun auch noch die Legende anhängen läßt, er sei ein in die Zukunft und neue Wege weisender Bundeskanzler.

Mit guten Wünschen nicht mehr gedient (II und Schluß)

Die Sorgen der Gemeinden

Eine kritische Analyse von Klaus Rusticus

Was steht den Gemeinden 1966 bevor ?

Wenn man nicht endlich die Verwirklichung eines echten Finanzausgleichs ins Auge faßt, dann leistet die Bundesregierung der Unterhöhlung der kommunalen Selbstverwaltung von 1966 ab Verschuß. Soll die so oft zitierte Keimzelle der Demokratie wirklich die echte Substanz des demokratischen Lebens in der Bundesrepublik bleiben, muß sie aus der prekären Finanzmisere herausgeführt werden.

Zugegeben: einzelnen Gemeinden hat es gut getan, daß sie zum Maßhalten aufgerufen wurden. Aber das sind wirklich zählbare Einzelfälle. Der Weisheit letzter Schluß durch Maßhalteappelle aus Bonn ist es nicht, daß nunmehr in Kommunalhaushalten rigorose Abstreichungen vorgenommen werden. Das erhöht die Gefahr der demokratischen Resignation, ja, das gefährdet schlechthin den föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik, und zwar aus erkennbaren Gründen:

- * Die ohnehin schon überforderten Bundesländer sind gezwungen, weitere Schuldenaufnahmen der Kommunen zu verbieten, wenn die
- * für die kommenden Jahre schätzbaren Einnahmen besonders auf
- * der steuerlichen Seite keine annähernd sichere Tilgung der
- * aufgenommenen Schulden einschließlich aller Schuldendienste
- * gewährleisten.

- * In den allerwenigsten Fällen ist dies angesichts plötzlich
- * aufziehender dunkler Wolken über der Wirtschaft und dem Kapitalmarkt möglich. Das wiederum führt in eine Sackgasse, denn
- * die Investierungshaushalte der Gemeinden müssen notgedrungen
- * reduziert werden.

- * Bei den Beratungen von Kommunalhaushalten für 1966 zeigte
- * sich bereits der Ansatz einer kommunalpolitischen Resignation,
- * weil einerseits früher begonnene Vorhaben weiter ausfinanziert
- * und baulich abgeschlossen werden müssen, andererseits
- * der kommunale Nachholbedarf nicht auf Eis gelegt werden
- * kann.

Geht man schließlich bei dieser kritischen Betrachtung davon aus, daß durch die von Länderregierungen auszuübende Aufsichtspflicht das von den Kommunen in sie gesetzte demokratische Vertrauen in Mitleidenschaft gezogen wird, dann fragt man sich allen Ernstes, ob die Bundesregierung ihre volle Verantwortung gegenüber Ländern und Gemeinden gerade jetzt auf der Schwelle zum Neuen Jahr erkannt hat.

Regional- und Kommunalpolitik in Gefahr

Der Bundeskanzler sollte nicht immer wieder fromme Reden vom Stapel lassen, die den Anschein erwecken könnten, daß sein Herz für

die Gemeinden schlägt. Auf der Schwelle zum Neuen Jahr müßte der Kanzler zum konsequenten Fürsprecher der Gemeinden werden und nunmehr sich mit ganzer Kraft für den Finanzausgleich bzw. eine gerechte den Aufgaben entsprechende Verteilung des Steueraufkommens einsetzen. Auf der Dringlichkeitsliste stehen:

- * eine klare, abgegrenzte Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden,
- * eine Beseitigung des sogenannten Dotationswesens,
- * nur solche Aufgaben zu delegieren, für deren Erfüllung den Gemeinden volle Deckungsmittel gewährt werden,
- * alle Versuche zu unterlassen, die finanzpolitische Labilität des Bundes den Kommunen voll anzulasten,
- * den Bundesländern Sondermittel an die Hand zu geben, die schwere Finanzlasten zu tragen haben und infolgedessen noch weniger als andere Bundesländer in der Lage sind, durch Verzicht auf eigene Einnahmen die Position ihrer Gemeinden zu stärken.

Es geht darum, der über Ländergrenzen hinausragenden Regionalpolitik klare Unterstützung angedeihen zu lassen, statt den Ländern jedwede Verzahnung von gemeinsamen Zielen und Interessen, die ihre Kassen zusätzlich belasten, allein zu überlassen.

In Bonn sollte man endlich aufhören, die Gemeinden "Keimzellen der Demokratie" zu nennen, wenn solche Aussagen keinen politisch-moralischen Inhalt haben. Gemeinparlamente und Bürgerschaften haben in den letzten zwanzig Jahren hinreichend bewiesen, daß sie gewillt sind, in jenen Keimzellen der Demokratie immerwährendes demokratisches Leben pulsieren zu lassen. Jetzt darf die Bundesregierung die Gemeinden nicht im Stich lassen.

+ + +

Deutsche Wirklichkeit - Mord an der Mauer

sp - Die lange und schmerzliche Liste tödlicher Opfer der deutschen Spaltung, der Wirklichkeit von Stacheldraht und Mauer, ist um neue Namen vermehrt worden. Kein Wort der Verurteilung über diese scheußliche Tat ist zu hart, kein Protest der Empörung zu laut. In die Freude über die Begegnung von hunderttausenden Deutschen in Ostberlin mischt sich bitterer Schmerz. Die mörderischen Schüsse trafen alle Deutschen. Sie erinnern an die grausame Wirklichkeit, in der die Menschen unseres gespaltenen Vaterlandes leben. Viele, vielleicht allzu viele, gaben und geben sich der Täuschung hin, es sei doch alles nicht so schlimm, man könne sich an alles gewöhnen, ohne daß die eigene Ruhe gestört wird. Die Not unseres geteilten Volkes schwand aus ihrem Bewußtsein, sie nehmen sie nicht mehr wahr. Dann geschieht eine solche mörderische, die Empfindungen zutiefst aufwühlende Tat, und dies während des Festes des Friedens und der Versöhnung! Sie reißt den Schleier von Täuschungen hinweg, zerstört Illusionen und führt uns alle zurück zur Realität des deutschen Zustandes. Gewiß, mit Klagen wird all' dies nicht verändert, auch nicht mit Protesten allein, so berechtigt sie auch sind. Unsere schnelllebige Zeit macht vieles wieder vergessen. Aber wir dürfen nicht vergessen. Alle, die am Hebel deutschen Schicksals sitzen, müßten sich aufgefordert wissen, ihre ganze Phantasie, ihren ganzen Mut und ihre ganze Kraft des Geistes für die Überwindung der Spaltung aufzuwenden. Der Weg ist lang und mit Rückschlägen gepflastert, doch keine noch so scheußliche Tat darf uns von seinem Beschreiten ablenken.

+ + +

STOCKHOLMS-TIDNINGEN

Eine große Zeitung stirbt...

sp - Der Zug zur "Vereinfachung" und Monopolisierung, der sich auch im Geschäftsleben und in der Industrie bemerkbar macht, hat nach dem Krieg einen mächtigen Auftrieb erfahren. Er hat auch die Presse erfaßt. Zeitungen - große und kleine - sterben dahin. So weit sich die öffentliche Meinung in ihnen äußerte, wird diese durch das Zeitungssterben vereintönigt, wird sie blasser, gestaltloser und schöpfungsrärmer. Besonders tragisch ist die Tatsache, daß Zeitungen der freien Arbeiterbewegung in größerer Zahl von der Bild- und Bildungsfläche verschwinden. Der Untergang des DAILY HERALD hat die britische Labour Party ihrer einzigen Tageszeitung beraubt. Noch schmerzlicher wird jedoch das Verschwinden von STOCKHOLMS-TIDNINGEN empfunden, der einzigen sozialdemokratischen Morgenzeitung in der schwedischen Hauptstadt. Die verhältnismäßig stärkste Gewerkschaftsbewegung der Welt, und mit ihr die überaus starke schwedische Sozialdemokratie verfügen nun in der Hauptstadt des Landes nur noch über eine Nachmittagszeitung, die mit dem stärksten und rücksichtslosesten Boulevard-Blatt des Nordens, EXPRESSEN, konkurrieren muß.

Die erste Parteizeitung in Stockholm was SOCIAL-DEMOKRATEN, die jedoch nach dem Kriege in MORGONTIDNINGEN umbenannt wurde; die Namensänderung konnte den Niedergang des Blattes nicht aufhalten. AFTON-TIDNINGEN, von der Gewerkschaftszentrale 1945 in Konkurrenz mit der damals reaktionären Zeitung AFTON-BLADET geschaffen, wurde 1958 zusammen mit MORGONTIDNINGEN eingestellt. Die Gewerkschafter kauften 1955 von Torsten Kreuger sowohl STOCKHOLMS-TIDNINGEN, die bis dahin als liberal galt, als auch AFTON-BLADET, das auf eine bunte, aber immer reaktionäre Vergangenheit zurückblicken konnte. Man hatte mit den Blättern einen Teil des Leserkreises gekauft, aber reine Verlustgeschäfte übernommen. STOCKHOLMS-TIDNINGEN hatte Zuschüsse aus Gewerkschaftsgeldern erfordert, die, zusammen mit dem Einkaufspreis, bisher 126 Millionen Kronen betragen. Für diese Verluste, die Jahr um Jahr stiegen, konnte die Gewerkschaftszentrale nicht mehr aufkommen. STOCKHOLMS-TIDNINGEN wird am 31. 3. 1966 ihr Erscheinen einstellen.

Zweifellos haben Redakteure, Geldgeber und Verwalter getan, was sie konnten, um das Sterben der Zeitung zu verhindern. Die Wechselwirkung zwischen Inseratenanzahl und der Art der Inserate auf der einen Seite und der allgemeinen Haltung eines Blattes auf der anderen mag auch in diesem Falle zu einer allmählichen Einschränkung des Inserentenkreises beigetragen haben. Es wird gesagt, man habe veraltete Anlagen übernommen. Sicher ist, daß viele Leser infolge der geänderten politischen Haltung des Blattes verloren gegangen, während neue im Zeichen des zunehmenden Wohlstandes nicht hinzugekommen sind. Immerhin hatte das Blatt noch bei Bekanntgabe des Einstellungsbeschlusses eine durchschnittliche Tagesauflage von weit über 160 000.

STOCKHOLMS-TIDNINGEN ist einmal die größte Tageszeitung nördlich von Berlin gewesen. Sie wurde 1889 gegründet und war die erste Zeitung in Europa, die Reporter in werkseigenen Flugzeugen beförderte. Die häufigen Wandlungen sind der Zeitung nicht gut bekommen: Die Wandlung von einem angesehenen liberalen Blatt zu einem wenn auch ebenfalls angesehenen sozialdemokratischen ist ein Experiment mit dem Leserkreis, das in vorliegendem Falle schlecht geendet hat. In den ersten Monaten des Jahres 1965 wurde noch das Format verändert; auch diese Änderung konnte den Niedergang des Blattes nicht aufhalten.

Der Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale, Arne Geijer, hat in einer vielbeachteten Rede festgestellt, daß die schwedische Arbeiterbewegung noch immer zehn Zeitungen zu viel hat. Mit weiteren Zusammenlegungen und Rationalisierungen müsse gerechnet werden.

Zwar verschwinden in Schweden auch nichtsozialdemokratische Zeitungen. Das vermindert aber die Tragik nicht, die man ob des Verlustes von STOCKHOLMS-TIDNINGEN empfindet. Bemerkenswert ist, daß die Einstellung dieses Blattes auch von der Konkurrenzpresse bedauert wird. Es handelt sich bei STOCKHOLMS-TIDNINGEN eben um eine wichtige und gewichtige Stimme in der Meinungsbildung.

Die Bundesrepublik Deutschland aus Schweizer Sicht

Von Pierre Simonitsch, Genf

Wie sieht der Schweizer die Bundesrepublik? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, weil die Eidgenossen deutscher, französischer und italienischer Muttersprache dreierlei Kulturkreise angehören und die Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. In der Gesamtheit kann ein steigendes Interesse an den Angelegenheiten der Nachbarländer festgestellt werden. Die Tagesereignisse in Deutschland, die der Schweizer Bürger beim Frühstück aus seiner Lokalzeitung erfährt, sind leider nicht immer erfreulich. Der auf eine jahrhundertalte demokratische Tradition zurückblickende Eidgenosse bekommt des öfteren den Eindruck, daß breite Kreise in der Bundesrepublik mit der Demokratie noch nicht umzugehen wissen. Bücherverbrennung, Intoleranz, politische Schimpforgien, die würdelose Rauferei um die Regierungsgestühle, ein ehemaliger Minister unter Korruptionsverdacht, ein Befürworter der Todesstrafe als Justizminister - dafür fehlt dem Schweizer das Verständnis.

Sehr interessiert verfolgte die deutschsprachige Schweiz den Wahlkampf in der Bundesrepublik; Zeitungen, Radio und Fernsehen gaben dem Ereignis breiten Raum. Das Interesse der meisten Bürger entsprang aber mehr der Verwunderung über die für Schweizer Begriffe turbulente Wahlkampagne als einem Vorzug für diese oder jene deutsche Partei. Man konnte in den hiesigen Gazetten öfters die Feststellung der Oberflächlichkeit der deutschen Wahlkampfparteien im Vergleich zu den sachlichen Auseinandersetzungen zwischen den großen Schweizer Parteien finden. Fast einstimmig kritisierte die Schweizer Presse die Selbstgefälligkeit der CDU und den scheinbaren Mangel an Alternative von seiten der SPD. Diese letztere Kritik wurde nach der kürzlichen Bundestagsdebatte allerdings einer Korrektur unterzogen.

Erhards persönliches Prestige, zu dessen Zeit als Wirtschaftsminister ziemlich hoch, ist in den Augen der meisten Schweizer stark gesunken. Die außenpolitischen Mißerfolge sowie die Umstände der Regierungsumbildung wurden hierorts ausführlich kommentiert. Man ist sich der schwierigen Stellung der Bundesrepublik in der internationalen Situation bewußt, meint aber, daß neue Wege beschritten werden müßten und wünscht den deutschen Politikern mehr Mut zum Realismus. Unausgesprochen schwelt der Verdacht, Bonn wolle sich an die Atomombe heranwagen. Grundsätzlich sind aber die Schweizer, die selbst auf das Urteil der anderen empfindlich reagieren, mit der Erteilung von Kritiken und Ratschlägen sehr zurückhaltend.

Das generelle wie das individuelle Verhältnis zum "Deutschen" hat sich in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Die Bundesrepublik ist der erste Handelspartner der Schweiz und stellt die meisten Touristen. Man anerkennt bereitwillig die große Aufbauleistung Westdeutschlands, ist aber andererseits nicht geneigt, im steigenden Lebensstandard des nördlichen Nachbarn ein "Wirtschaftswunder" zu erblicken. Gegenwärtig ziehen es 68 000 Bundesbürger noch immer vor, in der Schweiz ihr Brot zu verdienen.